

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 33. 39. Jg.

13. Aug. 1926

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. monatlich inkl. Zustellung. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1,- Mk.

Redaktion:
Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsasserstraße 86-88 III. Redaktions-
schluß: Montag. Telefon Amt Norden 4268.
Verlag: Johannes Hap, Berlin N 24. — Druck und Expedition:
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk. bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. *Zuschriften an die Expedition erbeten.* **Postverlagsort Schkeuditz.**

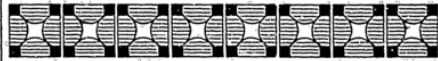
Der Sieg der Demokratie. III.

In den Staaten der zivilisierten Welt sind Abstufungen und Kombinationen der Diktatur und der Demokratie zu finden, außer einer Form, die heute bereits völlig verschwunden ist: der an die Häupter der Dynastien geketteten monarchistischen Gewalt Herrschaft. Wo in den Monarchien heute eine Diktatur herrscht, dort wird diese nicht von den Fürsten selbst ausgeübt, sondern über dessen Kopf hinweg durch irgendeinen hochgekommenen Diktator, wie in Italien Mussolini, der den König völlig beiseite geschoben hat, in Spanien Primo de Rivera, in dessen Hand der König ein Spielzeug ist. Es gibt heute nur noch zwei Arten von Monarchie: entweder die streng verfassungsmäßige, in der der Monarch neben dem demokratischen Parlament eine leere Repräsentantenrolle spielt, oder diejenige, in der die Macht in die Hand irgend eines Diktators übergegangen und der Monarch neben diesem eine unbedeutende Statistenrolle spielt. Monarchen, die selbst eine unbeschränkte Macht ausüben, gibt es heute nicht mehr — vor wenigen Jahren noch war dies beim russischen Zaren und dem türkischen Sultan der Fall, in deren Händen nicht nur das Volk, sondern auch alle Minister ein bloßes Spielzeug waren. An Stelle der Diktatur der absoluten Monarchen, die das unaufhaltsame Vorwärtstreiben der Demokratie zum Sturz brachte, trat in Sowjetrußland die der Sowjets, in den übrigen Ländern, die ein ähnliches Schicksal hatten, der Faschismus, und zwar in seiner hervorsteckendsten Form in Italien, das infolgedessen das Mekka der Faschisten aller anderen Länder wurde. Das bewegte Leben innerhalb der Grenzen Europas hat sozusagen die zahlreichen Abstufungen der Regierungsform neben einander gestellt, mit Ausnahme von zweien. Es fehlen die beiden extremsten: die absolute Monarchie und die absolute Demokratie. Jene ist nach jahrhundertelanger Herrschaft verschwunden. Diese ist niemals am Ruder gewesen. Doch ist man ihr noch niemals an so vielen Stellen so nahe gewesen wie heute. Diese Lage berechtigt bis zu einem gewissen Grade an sich schon zu der Feststellung, daß es jene nicht mehr gibt, diese aber noch nicht gibt!

Doch nehmen wir das Resultat nicht vorweg. Untersuchen wir einmal die in Europa nebeneinander bestehenden verschieden zusammengesetzten Regierungsorgane von dem Standpunkte aus, welches wohl dasjenige sei, das den Fortschritt am besten garantiert, oder welches am sichersten zu dem höchstentwickeltesten Staats- und Gesellschaftsorganismus führt.

Indem wir dies bei den heute am weitesten entwickelten Staatswesen untersuchen, können wir natürlich als höchstentwickelt nur das betrachten, welches uns einem höheren Ziel näher bringt: der Abschaffung der Klassen Herrschaft, die natürlich nicht anders möglich ist, als durch völlige Abschaffung der Klassenunterschiede und des Klassenstaates überhaupt. Denn jeder bisherige Staat ist ja Klassenstaat gewesen, und die höhere Entwicklung des einen gegenüber dem anderen maßen wir auch bisher daran, ob in dem einen die Form des Klassenkampfes milder und dessen Wirkungsgrad kleiner ist. England betrachtete man nicht nur deshalb allgemein als höher entwickelten Staat gegenüber dem zaristischen Rußland, weil es wirtschaftlich und kulturell entwickelter war, sondern auch, weil dort die Klassen Herrschaft weniger brutal und mehr durch demokratische Einrichtungen gemildert war, als hier, obwohl dies freilich immer in engem Zusammenhang gerade mit seiner höheren wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungsstufe stand. Indem wir untersuchen, welches Staatswesen dem Ideal am nächsten steht, können wir die vorhandenen zahlreichen Variationen in drei Klassen einteilen: die eine davon wird durch die Sowjetdiktatur dargestellt, die zweite durch die faschistische Diktatur, die dritte durch die verschiedenen Stufen von Demokratie. Nach Ansicht der Kommunisten mußte Sowjetrußland dasjenige Land sein, welches dem Ideal am nächsten steht und in dem die Klassen-

lose Gesellschaft am schnellsten verwirklicht werden dürfte. Vorläufig ist aber noch keine Spur davon zu erkennen. Der russische Arbeiter ist wirtschaftlich viel ausgebeuteter, als der englische oder amerikanische. Rußlands soziale Einrichtungen können sich nicht mit ähnlichen Österreichs messen. Rußland hat nicht nur nach Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiterschaft gestrebt, sondern hat auch, die Kapitalisten durch das Versprechen der Wiedergabe von zahlreichen Vorteilen und Vorrechten ins Land zu ziehen versucht. Auf diesem Wege kann Rußland nicht nur der Vernichtung der



XI. Kongreß des Internationalen Bundes der Lithographen, Stein- drucker u. verw. Berufe



Gemäß Bestimmung § 12 der Satzungen des Internationalen Lithographenbundes ist der nächste ordentliche Kongreß für die Tage des 16., 17. und 18. September 1926 nach London berufen worden. Die Exekutive gab ihm folgende vorläufige

Tagesordnung:

1. Bericht und Rednung.
2. Unser Minimalprogramm.
3. Unterstützung im Falle von Streik und Aussperrung.
4. Die Organisierung der Hilfsarbeiter und deren Ansdluß an unsere Internationale.
5. Der Austausch junger Gehilfen unter den angefdloffenen Verbänden.
6. Der Offsetkonflikt und die Seßmaldinen für Offset.
7. Anträge der Landessektionen.



Klassen Herrschaft keinen Schritt näher kommen, sondern auch nicht einmal diese mildern. Natürlich können die faschistischen Länder diesem Resultat sich auch nicht nähern, weil sie bewußt das entgegengesetzte Ziel erstreben. Der Faschismus ist eine offene Stellungnahme für die Klassen Herrschaft, und er will auch gar nichts anderes sein als eine klarere stärkere Organisierung gerade der Klassen Herrschaft. Nachdem die Demokratie allenthalben die Grundlagen der Klassen Herrschaft erschüttert hat, will der Faschismus diese zu deren endgültiger Befestigung auf neue Grundlagen stellen. Der Faschismus scheidet also von selbst aus dem Wettkampf darum, welche Regierungsform am sichersten zur Arbeiterbefreiung führt, aus, denn er strebt bewußt nach der entgegengesetzten Richtung.

Schon aus dieser kurzen Darstellung der elementarsten Grundlagen ergibt sich, daß, nachdem zur Erreichung des Ideals die Sowjetdikta-

tur nicht geeignet ist, gar keine andere Möglichkeit bleibt, als die Demokratie. Und hier faucht nur die eine Frage auf, welche von den beiden Mächten die stärkere ist. Bevor wir eine Antwort auf diese Frage geben, wollen wir uns auf streng theoretischer, völlig abstrakter Basis der vorhin behandelten Frage zuwenden. Wenn wir die Untersuchung so führen, dann sehen wir, daß auch die Logik auf der Seite der Demokratie ist. Denn welches ist eigentlich der Zustand, den wir als Ideal bezeichnen? Was ist diese Klassenlosigkeit? Nichts anderes, als die Verwirklichung der idealen, der absoluten Demokratie. Wo es irgendeine Diktatur gibt, dort gibt es keine Klassenlosigkeit, denn dort muß jemand sein, der diktiert, und ander, denen diktiert wird, wo es aber keine Klassenunterschiede gibt, dort herrscht absolute Demokratie, dort ist jede Klassen Herrschaft unmöglich. Abstrakt, ausschließlich theoretisch gesehen, steht die Sache also so, daß ein Staat dem Zustande der Klassenlosigkeit umso näher ist, aus je mehr demokratischen schöpferischen Elementen sein Machtapparat sich zusammensetzt. Das Leben macht freilich oft den Verlauf der Dinge viel komplizierter, als so, wie wir dieses abstrakt und theoretisch betrachten. Die großen Demokratien sind noch immer viel zu wichtige Organismen der Klassen Herrschaft, als daß ihre relative Fortgeschrittenheit so leicht unseren Blicken entschwinden könnte. Nur im Vergleich mit weniger demokratischen oder antidemokratischen Staaten lassen sich ihre im Verlauf der Entwicklung erzielten großen Vorteile nachweisen. Die Tatsache, daß die wirtschaftlich entwickeltesten Staaten auch die demokratischsten sind, und daß die Weltgeschichte keinen Scherz kennt, fällt als schreiende Wahrheit wegweisend ins Auge. Und wo in dieser Richtung Verbesserungen notwendig sind, dort führt sie diese auch unarmherzig aus. So tat sie dies zuletzt in Deutschland, dessen wirtschaftliche Entwicklung im scharfen Gegensatz zu seiner halb absolutistischen Regierungsform stand, und wo die Geschichte diesen Gegensatz mit einer erdbebenartigen Bewegung zum Verschwinden brachte: nicht zugunsten der Monarchie, sondern der Demokratie! Was jedoch das angeht, welche von den beiden gegensätzlichen Formen die stärkere sein wird, so braucht man nicht zu befürchten, daß der faschistischen Diktatur ein besseres Los beschieden sein wird, als es der deutschen kaiserlichen Diktatur beschieden war. Der Faschismus kann, in ein oder zwei Ländern vereinzelt, eben so wenig bestehen, wie die ungarische und bayerische Sowjetinsel im Meer der sie umgebenden Feinde bestehen konnte, und wie auch das gewaltige Rußland, das als ein Erdteil für sich gelten kann, gezwungen ist, sich allmählich den umliegenden Staaten anzupassen. Der Faschismus aber kann auch deshalb schon nicht vereinzelt am Ruder bleiben, weil er eine fortgesetzte, kriegerische Bedrohung seiner Nachbarn darstellt. Es ist jedoch auch unmöglich, daß er allgemein zum Sieg gelangt, weil er den brutalsten Nationalismus darstellt, und weil die verschiedenen faschistischen Staatswesen notwendigerweise früher oder später zusammenstoßen würden. Weiter ist der allgemeine Sieg des Faschismus auch darum unmöglich, weil er gewaltsam das Chronometer der menschlichen Entwicklung zum Stillstand zu bringen strebt. Dieses kann unter besonderen Umständen nur in vereinzelt Ländern hier und da gelingen, besonders dort, wo genau solche Versuche zum Vorwärtsschreiten der starken Zeiger erfolgt sind. Doch kann es im allgemeinen nicht gelingen, denn dieses würde den Stillstand jeder weiteren Veränderung, ja Bewegung bedeuten. Die menschliche Gesellschaft kann unter Umständen auf einen solchen toten Punkt gelangen, wie vor Jahrtausenden die chinesische Kultur. Aber kraft ihrer unaufhaltsam und unabsehbar sich entwickelnden technischen Kultur wird die zivilisierte Welt so leicht nicht zu diesem Punkte gelangen, denn die Arbeiterschaft spricht heute auch ihr Wort.

Vor dem Faschismus brauchen wir also für die Demokratie nicht zu fürchten. Aber wir müssen wissen, daß der Faschismus nicht die will-

kürliche Ausbeute irgend eines Zufalles, sondern der Herold und Vorbereiter des kommenden, großen, endgültigen Kampfes ist, der in manchen Ländern vielleicht schon nahe bevorsteht und der sich dort um die absolute Demokratie abspielen wird. Daß dieser Kampf unausweichlich ist, daß seine Zeit kommen muß, ist vorauszusehen, und sein Nichtkommen wäre gleichbedeutend mit der Verewigung der heutigen Situation. Welches die Mittel dieses Kampfes sein werden, und ob man die vollkommene Demokratie in den fraglichen Ländern mit allen Mitteln der Demokratie verwirklichen kann, das ist noch das Geheimnis der Zukunft, und es ist um so fraglicher, fort das Proletariat schon um viel geringere Fortschritte der Demokratie, oft aber auch die Bürgerschaft, zu revolutionären Mitteln greifen mußte. Wir wissen aber auch, daß der Kampf des Proletariats nicht die zurückgebliebenen, sondern die entwickeltesten Länder zuerst auf den Plan rufen wird, und daß sein Schicksal nicht in Rußland oder auf dem Balkan, auch nicht in Italien sich entscheiden wird, sondern in den großen Demokratien.

Und bei alledem wissen wir auch, daß dieser Kampf so lange dauern wird, bis er sich in der Reihenfolge der geschichtlichen Fortschrittenheit in einem der zivilisierten Länder entschieden hat zugunsten der Demokratie und der Arbeiterklasse.

Die Nürnberger Reichsverfassungsfest am 14. und 15. August 1926.

An diesem Sonntag, den 15. August, muß Nürnberg, des „Deutschen Reiches Schatzkammer“, das Mekka und Medina aller Republikaner sein. Alle republikanischen Wege müssen nach Nürnberg führen, denn in der Stadt Albrecht Dürers, Hans Sachs und Genossen, wird die siebente Jahrestagung der republikanischen Reichsverfassung gefeiert, und sieben ist bekanntlich eine „heilige“ Zahl, auch für die Republikaner.

Für die schwarz-weiß-roten Feinde der Republik, die ja vierzehn Tage danach, eine Generalmusterung aller Republikfeinde in demselben Nürnberg, das in seiner Blütezeit Republik (Freie Reichsstadt) war, abhalten wollen, muß die Zahl Sieben eine „böse Sieben“ werden.

Nürnberg's Türme, Nürnberg's Erker, Giebel und Höfe, Nürnberg's Kunstbrunnen, sind ja so malerisch-großartig, wie Nürnberg's Häuser, die sich in vielen Straßen so kulissenartig hervorschieben, daß jedes gesehen werden, jedes zur Geltung kommen will.

Dann die Meisterwerke eines Graphikers, wie Albrecht Dürer, in Dürers Wohnhaus, in der Nähe des Tiergärtnersturms, wo vor fast 75 Jahren (1852) in diesem Turm, Hans von Aufseß, das „Germanische Museum“ gründete. Heute ist dieses Museum im Kartäuserkloster, übertragenen Augustinerkloster und den vielen, im alten Stile gehaltenen Neubauten, eines der allergrößten und eigenartigsten Museen der Welt und wird von aller Welt besucht.

Auch viele Graphiker haben dort studiert, es sei nur an den leider viel zu früh verstorbenen Hamburger, Otto Eckmann, erinnert.

Nürnberg ist von Walther von der Vogelweide's Zeiten bis auf unsere Zeit, von allen gepriesen, und von dichtenden und bildenden sowie tönenden Künstlern (Richard Wagners „Meistersinger“ mit Hans Sachs an der Spitze), verherrlicht worden.

Ein moderner Dichter, Otto Julius Bierbaum, läßt seinen Pankratius Graunzer aus Nürnberg schreiben:

„In alten Städten, wo deutsches Wesen einmal reich lebendig gewesen ist, sehen wir mit Staunen, was für Kerls unsere Vorfahren gewesen sind, und was für einen Abbruch wir gemacht haben, wir, die mehr als die Deutschen irgendeiner Zeit das Wort deutsch im Munde führen. Mauldeutsch sind wir, nicht Herzdeutsch.“

Nirgends aber wird uns der nationale Abbruch so deutlich, wie in Nürnberg, nirgends anderswo weilt sich so dein Herz im Stolzgefühl einer großen Nation, wenn auch nur als verkrüppelter Enkel anzugehören, wie hier. Aber die Scham ist der Schatten, den dieser Stolz wirft, und ein Schluck wäre, wer in diesem Schatten ruhen wollte.

Darum hat ein Aufenthalt in dieser alten, herrlichen Burgstadt deutscher Großart etwas Aufpeitschendes, so angenehm er uns auch mit Träumen umgibt, und so wohl er uns in diesen Träumen sein läßt.

Wir müssen wieder auf eine solche Volkshöhe, wie die es war, auf der eine solche Kunst, ein solches Leben, eine solche Stärke, Echtheit und Klarheit gedieh.

Das war deutsche Kultur, das war Wohnen in deutschem Geiste, das war deutsches Leben.

Diese Leute, die das hinterlassen haben, waren nicht schneidig, die waren mannhaft, aber feht dabei, ganze, freie, schaffende Menschen, ihrer selbst bewußt, Herren aus eigener Art.

Herren auf eigenen Wegen, Keris mit Gesichtern, nicht Puppen mit Larven.

Jeder Erkersäulenkauf hier spricht, wo im Norddeutschen ganze Straßen nur eine geschwollene Phrase sind.“

Republikaner! Nürnberg wurde von Republikanern geschaffen, deshalb am Sonntag nach Nürnberg!

Haben wir noch eine Wirtschaftskrise?

Eine sonderbare Frage wird jeder sagen und dabei an die Millionen Arbeitslosen denken, die wir in Deutschland und auch in anderen Ländern haben. Und doch ist diese Frage berechtigt, wenn von Wirtschaftskrisen schlechthin, also von einer Krise der gesamten Wirtschaft gesprochen wird.

Richtig ist, daß wir eine der schwersten Krisen des Arbeitsmarktes haben, wie sie je an Umfang und Dauer über die deutsche Arbeiterklasse hereingebrochen ist. Einschließlich der Familienangehörigen sind rund 4 1/2 Millionen Menschen in Deutschland von der Vollerwerbslosigkeit betroffen und genau die gleiche Zahl leidet unter der Kurzarbeit, so daß also 9 Millionen Arbeiter und Angestellte unter dieser Krise die schwerste Not leiden. Wenn jene Wirtschaftler recht behalten, die für den Winter noch eine Steigerung ankünden, dann werden es nach deren Aussagen 12 bis 13 Millionen werden, die in diesen Strudel von Hunger, Not und Elend hineingerissen werden. Die Zahl der Selbstmorde, die heute schon jeden Menschen aufs Tiefste erschüttern, wird weiter steigen, die Zahl der Eigentumsvergehen wird zunehmen, wofür die bürgerliche Gesellschaft mit ihrer nichtsnutzigen Moral nur Gefängnis und Zuchthaus übrig hat, dieselbe Gesellschaft, die in hunderten und tausenden von Jahren es noch nicht verstanden hat, den Hunger von der Menschheit fern zu halten und die den ins Elend Geratenen immer noch tiefer stößt. Gewiß, der klassenbewußte Arbeiter wird weder Selbstmord begehen, noch sich zu sogenannten Eigentumsvergehen verleiten lassen, er wird sich seiner Klasse anschließen, wird solidarisch mit ihr kämpfen um eine klassenlose Gesellschaft, um den Sozialismus. Und seine Klasse gibt ihm auch den Halt, damit er nicht versinkt und irgendwo im Elend verkommt. Sie sorgt dafür, daß in Zeiten der Arbeit der Lohn und die Arbeitszeit nicht der Willkür der Unternehmer preisgegeben ist und sie schützt in Zeiten der Arbeitslosigkeit durch Unterstützung vor dem Untergang.

Diese Krise des Arbeitsmarktes ist nicht nur in Deutschland zu finden, sondern sie ist eine europäische, ausgenommen die Länder mit Inflation und auch hier nur in bedingtem Maße. Ihre wichtigste Ursache liegt im Krieg. Europas Industrie war restlos auf Erzeugung von Kriegsmaterial eingestellt, Europa, die Werkstatt der Welt, lieferte nichts mehr an seine früheren Abnehmer, die dadurch gezwungen wurden, eine eigene Industrie aufzurichten, die nun auch heute ungeheure Mengen industrieller Verbrauchsgüter selbst herstellen und so als Besteller ausfallen. Der Krieg machte die Vereinigten Staaten vom Schuldner zum Gläubiger Europas, warf Europa technisch um Jahrzehnte zurück und gestattete der übrigen Welt alle Vorteile der Technik sich anzueignen und ins gewaltigste auszubauen. Der Krieg zerstörte in Europa ungeheure Länderstrecken, Städte und Dörfer verschwanden vom Erdboden und mehr denn 10 Millionen Menschen wurden vernichtet. An diesem Maßstab gemessen, wirkt es geradezu lächerlich, wenn unsere Völkischen und sonstigen Narren, dem Versailler Vertrag oder dem Dawes-Abkommen die Schuld an dem gegenwärtigen Zustand beimessen und die Folgen des Kriegs durch einen neuen Krieg beseitigen wollen. Das hieß die Pest mit der Pest austreiben, eine Methode, die nach dem Erlöschen alles Lebens sicher den höchsten Erfolg für sich zu verzeichnen hätte.

Die Industrialisierung der Welt hat aber durch den Krieg nur eine Beschleunigung erfahren, sie hatte auch vor dem Kriege schon wesentliche Fortschritte gemacht, sank doch der Anteil Europas am Welthandel von 1900 bis 1915 von 72 auf 65 Proz. Es liegt im Wesen des Kapitalismus, daß er für das akkumulierte Kapital immer neue Anlagen braucht zur Ausdehnung der Produktion und daß er diese dort sucht, wo er den höchsten Profit machen kann. Aus den Industrieländern floß immer neues Kapital nach den Agrarländern und den Kolonien, um dort Eisenbahnen, Kanäle und Straßen zu bauen, die Erdschätze an Erzen, Kohlen und Öl zu erschließen und um Fabriken zu bauen, um die Rohstoffe gleich an Ort und Stelle zu verarbeiten. Daneben fanden und finden heute noch die Kapitalisten in diesen Ländern die billigsten Arbeitskräfte, die in Massen zugrunde gehen, während der Profit steigt. Durch diesen industriellen Imperialismus dringt das Kapital in den letzten Winkel der Welt und verschärft für die Arbeiter in den alten Industrieländern die immer stärker und länger werdenden Krisen.

Wir fühlen täglich und stündlich die Not der Arbeiterklasse, hervorgerufen durch die Arbeitslosigkeit. Für die Arbeiter besteht also sehr deutlich eine Krise.

Besteht eine solche auch für die Kapitalistenklasse? Bei der Beantwortung dieser Frage muß ausschalten, ob es dem einen oder anderen Kapitalisten schlecht geht, wir haben nur zu fragen, wie geht es der ganzen Klasse? Die Antwort kann kurz und bündig lauten: so gut, wie lange nicht mehr! Freilich, wenn man das Jammern und Stöhnen in der bürgerlichen Presse liest und die gefälschten Bilanzen der A.-G. für richtig hält, dann könnte man glauben, ihr letztes Stündlein habe geschlagen. Aber schließlich ist die Arbeiterklasse dank ihrer Organisation heute in der Lage, einen guten Teil dieser Schwindeleien aufzudecken und sie bildet sich danach ihr Urteil über den Wert des Gestöhnes über die unerträglichen Soziallasten, die hohen Löhne und die viel zu kurze Arbeitszeit. Ein paar Beispiele: Die Firma Krupp weist in ihrer letzten Jahresbilanz einen Verlust von 15 Millionen Reichsmark aus. Immerhin keine Kleinigkeit, auch für die Firma Krupp. Wir finden aber im Organ der Holzindustriellen eine beiläufige Bemerkung; nach der die Firma Krupp genau so gut hätte 15 Millionen Mark Gewinn ausweisen können, das ist die Bagatelle von 30 Millionen Differenz. Die Auguren müssen es ja wissen. Nachdem aber die Bilanz einer eingehenden Prüfung unterzogen wurde, stellte sich heraus, der Reingewinn ist so hoch, daß die ganzen Anlagen der Firma Krupp, also Grund und Boden, Häuser und Maschinen, vollständig neu erworben werden können. Der Sinn dieser betrügerischen Methoden ist offensichtlich: In der Öffentlichkeit soll dargelegt werden, wie unerträglich die Lasten in Deutschland auf die Industrie drücken, den Arbeitern soll die Unmöglichkeit weiterer Lohnerhöhungen demonstriert werden und der Staat wird um die Steuern betrogen. Wer aber an dem Patriotismus der Firma Krupp zweifeln wollte, dem könnte es übel ergehen. Ein anderes. Die Leipziger Buchbinderei A.-G. vormals G. Fritsche, errechnet für ihr letztes Geschäftsjahr einen Gewinn von 50 000 Mark. Die Leipziger Volkszeitung bezweifelt die Richtigkeit, worauf die Firma auf Grund des Pressegesetzes eine Berichtigung verlangt, worin die 50 000 Mk. als der Wahrheit entsprechend bezeichnet werden. Fachleute stellen bei der Prüfung einen Gewinn von 200 000 Mark fest, und noch einmal hagelt ein Angriff in der Presse auf die Firma nieder. Eine neue Berichtigung, die 200 000 Mk. stimmen nicht, es waren „nur“ 160 000 Mk. Fein, was! Der Wert von Berichtigungen springt jedem ins Auge.

Einige andere Zahlen. Ein rheinischer Montantrust bietet dem Kölner Oberbürgermeister eine Stellung an mit einem Jahresgehalt von 2 Millionen Mark. Der Chemietrust, dem auch die Farbenfabrikation angeschlossen ist honoriert die „Tätigkeit“ seiner zirka 30 Aufsichtsräte mit jährlich 40 000 Mk. pro Kopf, und dafür werden ungefähr drei Sitzungen abgehalten. Die vereinigten Glanzstofffabriken haben im letzten Jahre 650 000 Mark an ihre Aufsichtsräte verteilt usw. bis ins Unendliche. Die Rationalisierung (ratio zu deutsch: Vernunft) der Wirtschaft in kapitalistischem Sinne schaltet Millionen von Arbeitern aus dem Produktionsprozeß aus und füttert einige tausend Drohnen zum platzen. Wo liegt da die Vernunft? Die Rationalisierung der Arbeiter wird einst diese Drohnen ausschalten.

Bis zum Erbrechen können wir täglich hören, es sei kein Geld vorhanden und die Wirtschaft anzukurbeln und dabei stellt sich immer mehr heraus, daß die Kapitalistenklasse im Gelde schwimmt. In einem Anfall von Ehrlichkeit wundern sich selbst manchmal bürgerliche Zeitungen, daß krampfhaft versucht wird das Geld im Ausland unterzubringen, während es an verschiedenen Stellen im Inland fehlt.

Wir finden also, die Arbeiter werden gegenwärtig von der Not der Arbeitslosigkeit gepeitscht, während auf der anderen Seite die Gewinne sich häufen, das Wohlleben steigt und die Sanierung glänzende Fortschritte macht.

In Erkenntnis dieser Sachlage hat die Arbeiterklasse sich nicht mehr mit dem Achtstundentag abzufinden. Robert Schmidt, der frühere Reichswirtschaftsminister führte in diesen Tagen auf einer Konferenz in Leipzig aus, in Deutschland hat die Steigerung der Produktion bereits solche Fortschritte gemacht, daß die Einführung des Siebenstundentages g.-fortiert werden müsse. Und fürwahr, diese Forderung wird eine der zwingenden Notwendigkeiten, wenn nicht hunderttausende von Arbeitern ständig aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet werden sollen, wenn nicht der heutige Zustand ein dauernder werden soll. Ferner wird eine Steigerung der Löhne eine dringende Tagesaufgabe, um den Arbeitern den Anteil an der größeren Ergiebigkeit der Wirtschaft zu sichern. Und darüber hinaus gilt es den Weg zu bahnen für den Sozialismus, damit der Wahnsinn, der heute die Wirtschaft beherrscht, beseitigt wird und der Masse der Menschen das Leben wert wird, gelebt zu werden.

Arbeitsmarktlage und Erwerbslosenfürsorge.

Rede des Reichswirtschaftsministers anlässlich der 4. Sitzung des Bundesausschusses.

I.

Der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius ergriff zu den im Referat behandelten Fragen das Wort. Er führte dabei folgendes aus:

Die gewaltige Arbeitslosigkeit ist eines der wichtigsten Probleme der gegenwärtigen Krise, das die verantwortungsvollste Beachtung der deutschen Wirtschaftspolitik erfordert. Die Reichsregierung hat daher in Fortsetzung, unter Erweiterung der bisherigen Maßnahmen, einen umfassenden Plan aufgestellt, um angesichts der außerordentlichen Notlage neue und zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, die sich noch in diesem Jahre auf dem Arbeitsmarkt auswirken sollen. Um alle bürokratischen Hemmungen bei der Durchführung dieses Arbeitsbeschaffungsprogramms zu beseitigen, hat die Reichsregierung einen mit Vollmachten ausgestatteten Ministerialausschuss eingesetzt, der die Durchführung dieses Programms, in enger Führung mit den Länderregierungen gewährleistet.

Der Minister geht sodann auf die wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Stützung des Arbeitsmarktes und zur Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten ein, die von der Reichsregierung bereits im letzten halben Jahre beschlossen und in der Durchführung begriffen sind, sich teilweise aber erst jetzt und in den kommenden Monaten auswirken werden.

Die bisherigen Maßnahmen lassen sich bei systematischer Betrachtung in fünf Gruppen teilen.

Zunächst einmal galt es selbstverständlich, die sogenannte produktive Erwerbslosenfürsorge nach dem Einsetzen der Krise wesentlich zu erweitern und auszugestalten. Ferner wurde versucht, und diese Maßnahmen bilden die zweite Gruppe, durch beschleunigte und vermehrte Vergabe öffentlicher Aufträge, wenigstens einzelnen Industrien in gewissem Umfang Beschäftigungsmöglichkeit zu beschaffen. Die Maßnahmen der dritten Gruppe umfassen die Hingabe von öffentlichen Mitteln an einzelne private Unternehmungen zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe, während es sich bei den Maßnahmen der vierten Gruppe um die Gewährung von Krediten der öffentlichen Hand an bestimmte Wirtschaftszweige handelt. Die Maßnahmen der fünften Gruppe schließlich entspringen nicht nur der gegenwärtigen Krise, sind vielmehr auf längere Sicht gestellt, indem sie z. B., um den Auslandsabsatz der deutschen Wirtschaft zu heben suchen, neue Kreditmöglichkeiten erschließen wollen oder durch Senkung der Produktionskosten in Richtung einer Erleichterung der Wirtschaftslage wirken.

Was zunächst die sogenannte produktive Erwerbslosenfürsorge betrifft, so hat mein Vordredner bereits anerkannt, daß die Zahl der Notstandsarbeiten seit dem Einsetzen der Krise bis zum 15. Mai ständig und regelmäßig gestiegen ist. Es waren am 15. Mai über 170 000 Arbeiter mit Notstandsarbeiten beschäftigt — eine Ziffer, die bisher von keinem Lande in der Welt erreicht worden ist. Wohl hat sich diese Ziffer am 15. Juni etwas gesenkt. Im Rahmen des neuen Programms wird aber dafür gesorgt werden, daß sie wieder erreicht und wesentlich überschritten wird.

Als zu Beginn dieses Jahres die gewaltige Flut der Arbeitslosigkeit immer stärker anschwellte, war es Aufgabe der Wirtschaftspolitik der Industrie, gewisse, wenn auch begrenzte neue Absatzmöglichkeiten zu schaffen. Das war vor allem aus psychologischen Gründen geboten, weil jeder übertriebene Wirtschaftspessimismus zu übermäßigen Entlassungen und Stilllegungen führt — auch in solchen Fällen, wo die Lage des einzelnen Betriebes nicht unbedingt dazu nötigt. Die Aufträge der großen Beschaffungsstellen der Post, der Eisenbahn, der Steuerverwaltung, die in der Zeit des Höchststandes der Arbeitslosigkeit fielen, haben — trotz ihrer relativen geringfügigkeit — doch schon mit dazu beigetragen, den Arbeitslosenziffern damals zu einer sinkenden Tendenz zu verhelfen.

Freilich ist die Gefahr nicht zu verkennen, die für den Arbeitsmarkt darin liegt, daß die in den Etats vorgesehenen Beschaffungsmittel in diesem Jahre frühzeitig als sonst erschöpft sein werden. Es war daher Aufgabe des neuen Arbeits-Beschaffungsprogramms, diese Lücke durch das Herausbringen neuer Aufträge auszufüllen. Doch hierüber später.

Zu der dritten Gruppe von Maßnahmen — zur Stützung einzelner Unternehmungen — übergehend betonte der Minister: Die öffentliche Hand darf nicht zum Bankier der Wirtschaft werden, trotzdem mußten in einzelnen Fällen von Reichs wegen bestimmte Unternehmungen unterstützt werden, nachdem alle sonstigen Mittel und Wege erschöpft waren, um diese Betriebe oder

Betriebsgruppen vor dem Untergang zu bewahren — ein Untergang, der aus allgemeinen Gründen verhindert werden mußte. Hervorheben möchte ich aber, daß, wenn man diese Unterstützungsaktionen vielleicht auch nicht unter den Begriff der Arbeitsbeschaffung einreihen kann, doch ohne sie zweifellos weitere Massen Erwerbsloser auf den Arbeitsmarkt geworfen wären, deren verminderte Kaufkraft zur Verschärfung der Krise beigetragen hätte.

Bei der weiteren 4. Gruppe der Maßnahmen handelt es sich darum, einer besonderen, aller Voraussicht nach begrenzten Notlage bestimmter Wirtschaftszweige zu steuern und ihre Produktionsmöglichkeiten zu erhalten. Diese Maßnahmen dürfen nicht als generelle Subventionspolitik gewertet werden, wie sie andere Länder mit sehr negativem Erfolge versucht haben. Nur dort ist geholfen worden, wo man vorausschauend annehmen konnte, daß die in Frage kommenden Wirtschaftszweige nach einer gewissen Übergangszeit aus eigener Kraft ihre Produktion fortzusetzen in der Lage sein würden. So sind die Mittel der Reichsgeldstelle der Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion dienstbar gemacht worden. Den deutschen Reedereien sind Kredite gewährt worden. In diesem Zusammenhang ist auch der Zwischenkredit von 200 Millionen Mark für den Kleinwohnungsbau zu nennen. Es ist zu hoffen, daß nach einer Verlängerung der vorgesehenen Kreditfristen, der der Reichstag kurz vor seiner Vertagung zugestimmt hat, der Baumarkt stärker als bisher durch diesen Zwischenkredit Anreize erfahren wird. Die Anträge gehen namentlich seitens der Länder in größerer Zahl ein. Bereitgestellte 40 Millionen Mark sind bereits abgehoben und weitere 7 Millionen Mark neu angefordert.

Die 5. Gruppe der von mir eingangs kurz zitierten Wirtschaftsmaßnahmen führt mich auf das Gebiet allgemeiner wirtschaftlicher Übergangsmaßnahmen. Hierzu gehört auch das gegenwärtige Stadium unserer Handelsvertragspolitik.

Von den schwebenden Handelsvertragsverhandlungen möchte ich zunächst die mit Frankreich hervorheben.

Im Augenblick wird zwischen beiden Regierungen über ein Teilabkommen verhandelt, das die Wirtschaften beider Teile die Betätigung auf dem Märkte des anderen erleichtern sollten. Es ist fraglich, ob der Abschluß eines derartigen Abkommens in Kürze möglich sein wird. Von deutscher Seite wird jedenfalls alles getan, um, soweit es die deutschen Interessen irgend zulassen, eine für beide Teile brauchbare Verhandlungsgrundlage zu schaffen. Die französische Regierung muß sich aber dazu verstehen, die Erleichterungen, die wir der französischen Betätigung in Deutschland zu geben bereit sind, auch unseren Staatsangehörigen auf dem französischen Markt zu eröffnen. Ich möchte meine Ausführungen über den Stand der deutsch-französischen Verhandlungen mit der Hoffnung schließen, daß es auch unabhängig davon, ob ein Teilabkommen möglich sein wird, gelingt, die großen, zwischen beiden Staaten schwebenden wirtschaftlichen Streitigkeiten in einem auf längere Dauer berechneten umfangreichen Handelsvertrag zu lösen.

In den Verhandlungen mit der Schweiz sind wir zu einer so weitgehenden Annäherung auf den einzelnen Verhandlungsgebieten gelangt, daß mit einem baldigen Abschluß gerechnet wird. Ebenso liegt es mit Japan. Es schweben dann noch Handelsvertragsverhandlungen mit Polen, die, wie sie wissen, sich ganz besonders schwierig gestalten, mit der Türkei, mit Griechenland und mit Mexiko. Mit Litauen und der Tschechoslowakei werden die Verhandlungen demnächst eröffnet werden.

Zur Förderung des Exportes mußten auch neue Wege beschritten werden, so den der Exportkreditversicherung und des Russengeschäftes. Die Bestrebungen des Reichs zur Schaffung einer Exportkreditversicherung haben zu einem Erfolg geführt. Die Versicherungsstelle hat ihre Tätigkeit aufgenommen. In den ersten Sitzungen des Ausschusses dieser Stelle sind zahlreiche Exportaufträge versichert worden. Ein beträchtlicher Teil dieser Versicherungen betraf Auslandsaufträge gerade solcher Industrien, die, wie z. B. die Kleintextilindustrie, besonders schwer unter dem Verluste ihrer früheren Absatzmärkte zu leiden haben. Weitere Anträge sind in Bearbeitung, sie bewegen sich nach Zahl und Umfang in aufsteigender Linie. An der Schaffung einer zweiten Form der Exportkreditversicherung, die sich an die Vorschläge der Hamburger Exporture anlehnt, wird mit Aussicht auf baldigen Erfolg gearbeitet. Im Laufe der nächsten zwei Wochen werden die Pläne abgeschlossen sein.

Vor etwa zwei Wochen ist es gelungen, im Russengeschäft zwischen dem deutschen Bankenkonsortium und der Handelsvertretung der Sowjetunion über die Bedingung der Finanzierung einer Einigung herbeizuführen.

Mit dieser Einigung wird der Weg für weitere Bestellungen Rußlands erheblich gebahnt

sein. Bis heute sind aus Industriekreisen Anfragen in bezug auf Erteilung der Garantie für Lieferungsverträge im Umfang von rund 350 Millionen RM. beim interministeriellen Ausschuss gestellt worden. Die weitaus meisten Anträge auf Erteilung der Garantie hat der Ausschuss bewilligt. Die auf Grund der Einigung ermöglichte Gesamtfinanzierung durch das Bankenkonsortium dürfte die Erwartung zulassen, daß im beiderseitigen Interesse Deutschlands und Rußlands Geschäftsabschlüsse in immer steigendem Maße erfolgen.

Nachdem ich so die Maßnahmen der Reichsregierung geschildert habe, die darauf hinzielen, den deutschen Waren einen erweiterten Absatzraum im Auslande zu verschaffen, will ich auch die Bemühungen streifen, die die Reichsregierung aufgewandt hat, um den inneren deutschen Markt anzuregen. Hier waren insbesondere auf dem Gebiete des Kreditwesens manche Mißstände zu beseitigen. Es galt zunächst den durch die Inflation und ihre Folgen zerstörten Markt für langfristige Kredite wieder aufzubauen. Die hierauf zielenden Arbeiten der Reichsregierung sind durch die Entwicklung der Dinge unterstützt worden. Krisenliquidationen, ausländische Hilfe, wohl auch ausländisches Fluchtkapital, dazu die ständig wachsende Sparsätigkeit, haben eine Geldflüssigkeit herbeigeführt, die ihrerseits wieder den Anlagemarkt belebt hat. Eine von mir mit den Länderregierungen gepflogene Aussprache hat Übereinstimmung darüber ergeben, daß die Sparkassen wieder auf die Pflege des Realkredits zu verweisen sind. Auch die Versicherungsgesellschaften sind zu wiederholten Malen und zwar mit sichtbarem Erfolge auf die volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten hingewiesen worden, ihre Reserven und sonstigen Vermögensanlagen mit langfristigen Hypotheken zu decken.

Das Kreditbedürfnis der Landwirtschaft erfordert besondere Maßnahmen. So wurde die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt errichtet. Eine weitere Einrichtung zur Beschaffung 3 bis 5 jähriger Realkredite ist durch die Golddiskontbank im Verein mit der Rentenbank-Kreditanstalt in einem bisherigen Ausmaße von 250 Millionen RM. gewährt worden. Es darf schließlich auch an die vom Reiche gebotene Hilfe für Beschaffung von künstlichem Dünger sowie an die Kreditaktion zugunsten des Flachsaues erinnert werden.

Die Kreditlage der Landwirtschaft soll weiterhin durch das Gesetz, betreffend die Ermöglichung der Kapitalkreditbeschaffung für landwirtschaftliche Pächter erleichtert werden.

Der drückenden Geldnot der Landwirtschaft wird dadurch Rechnung getragen werden, daß die Fälligkeitstermine der von den öffentlich-rechtlichen Stellen an die Landwirtschaft gegebenen Kredite auseinandergezogen werden.

Ein Problem, das wegen seiner Bedeutung für die gesamte Wirtschaft die allgrößte Beachtung verdient, ist die Bewegung der Ernte. Die Landwirte sollen gegen Lombardierung ihrer Produkte von den Warengenossenschaften Wechsel in Höhe von 60 Proz. des Wertes des lombardierten Getreides erhalten. Der Landwirt kann diese Wechsel bei den Kreditgenossenschaften diskontieren, die ihrerseits an der Preußenkasse einen Rückhalt haben. So wird einerseits vermieden, daß die landwirtschaftlichen Erzeugnisse plötzlich in übergroßen Mengen auf den Markt geworfen werden müssen, während andererseits die Landwirte in immerhin erheblichem Ausmaße sofort in den Besitz von Barmitteln kommen, die als Kaufkraft im Herbst wieder zu einer Belebung der industriellen Produktion führen.

Trotz der herrschenden Geldflüssigkeit besteht gerade bei den kleineren und mittleren industriellen Unternehmungen ein bisher noch nicht vollbefriedigtes Kreditbedürfnis. Eine geeignete Lösung hierfür muß gefunden werden. Wie ihnen bekannt sein wird, ist Sachsen durch Schaffung einer Landespfandbriefanstalt für industrielle Unternehmungen mit Solidarhaftung der beteiligten Kreditnehmer und Staatsgarantie vorangegangen. Andere Versuche dieser Art sind in anderen Ländern gemacht worden. Über die Beschreibung dieses Weges auf breiter Basis auch in anderen Landesteilen haben in meinem Ministerium Besprechungen stattgefunden, bei denen die Länderregierungen allerdings große Zurückhaltung beobachtet haben. Es wird zur Zeit in Erwägung gezogen, auf diesem Gebiete die private Initiative durch Bereitstellung öffentlicher Mittel oder öffentlicher Garantien wirksam zu unterstützen. Möglicherweise zeigen sich andere Wege, insbesondere unter Einschaltung der bestehenden Grundkreditinstitute nach der gleichen Richtung als gangbar.

Zu den Krisen, die von der Krise besonders hart betroffen werden, gehört vor allen das große Heer der Arbeitslosen. Nachdem die von mir genannten Aufträge zum Teil vergeben und durchgeführt worden sind — die bisherigen Eisenbahnaufträge werden die Walzwerke nur noch bis Ende dieses Monats beschäftigen können — müssen neue Mittel und Wege gefunden werden, um Arbeit zu beschaffen. Der Winter

bringt uns an sich schon — saisonmäßig bedingt — steigende Erwerbslosenziffern. Wir müssen daher zeitig die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ergreifen. Wissen wir doch, daß, ganz abgesehen von allen besonderen bürokratischen Hemmnissen, all diese Pläne einer gewissen Ablaufzeit bedürfen.

Diese Erwägungen haben zur beschleunigten Aufstellung des neuen Arbeitsbeschaffungsprogramms geführt, dessen Grundsätze ich kurz hervorheben möchte.

Böse Saat.

Schwer lastet die Wirtschaftskrise, die inzwischen ins Stadium der Depression hinübergewechselt ist, auf den Schultern der Arbeiterschaft. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sucht und findet ihre Opfer in Hülle und Fülle, Not und Elend in unendlichem Ausmaße auslösend. Was daraus werden soll, fragt sich der aus dem Produktionsprozeß Ausgeschaltete immer wieder. Wie kann auch die karge Erwerbslosenunterstützung ausreichen zu vegetieren, wo der Lohn schon nicht hinreichte, die allerdingendsten Bedürfnisse eines entsagungsreichen Lebens zu befriedigen.

Diese schwere Zeit ist anscheinend für die Unternehmer Sommerfest. Und zwar besonderes Fest der Arbeiterbedrückung. Was jetzt die Unternehmer ans Tageslicht fördern, um die Höhe des Arbeitslohnes zu senken und die Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern, ist wert im Schreckenskabinett der Menschheit als Beispiel grenzenloser Verwirrung verwirgt zu werden zum Schutz späterer Geschlechter. Und dieses menschenvernichtende Tun des Unternehmertums wird von abhängigen Söldlingen scheinheilig auch noch als höhere Wirtschaftsweisheit verzapft und an den Mann gebracht. In den letzten zwölf Jahren hat man auf dieser Seite anscheinend gar nichts gelernt, sonst wüßte man, daß all zu straff gespannt, der Bogen zerspringen muß. Und daß es im Gebälk schon knistert, hört nicht nur der Hellhörige. Daß es kein 1918 wieder gibt, wenn der stark unterhöhlte kapitalistische Bau zum Krachen kommt; ist wirklich nicht schwer vorher zu sagen, denn die Arbeiterschaft hat inzwischen auch auf dem Gebiete der Wirtschaftsführung immerhin allerlei gelernt.

Wenn das gesamte Unternehmertum in Konjunkturpolitik macht, mögen unsere Unternehmer nicht müßig bei Seite stehen. Zwar sind sie theoretisch gegen jede Konjunkturpolitik, doch erinnern sie sich dieser Theorie nur, wenn die Zeit für die Gehilfen günstig ist. Das hat die Vergangenheit zur Genüge bewiesen. Als nämlich nach Stabilisierung der deutschen Währung gute Beschäftigung einsetzte, die Nachfrage nach beruflichen Arbeitskräften anhielt und die Kollegen daran gingen, für ihre Arbeitsleistungen eine entsprechende Gegenleistung durchzusetzen, die ihnen in der Zeit der Inflation bewußt unter Ausnutzung der Machtverhältnisse vorenthalten worden war, da spukten die Unternehmer, jammerten: Konjunkturpolitik der Gehilfen und versuchten die Verbandsleistung mobil zu machen, einem gerechten Ausgleich in den Arm zu fallen. Es ist besonders dem Schutzverband schon damals gesagt worden, daß der Verband als Tarifreife jede Konjunkturpolitik ablehnt, aber daß es in guter Beschäftigungszeit nicht mehr wie recht und billig ist, entsprechend den Leistungen die Löhne den gegebenen Verhältnissen anzupassen. Den Unternehmern hat zwar diese Stellungnahme nicht gefallen, doch war sie einwandfrei und ohne jeden Hintergedanken. Freilich, ihr Wunsch, einen vollleistungsfähigen Gehilfen wie ehemals für 10 Goldmark eine ganze Woche lang fleißig arbeiten zu sehen, sah keine Erfüllung.

Daß unsere Unternehmer es nicht gerade gern sehen, daß sich die Gehilfen wenigstens annähernd ausreichende Löhne und erträgliche Arbeitsbedingungen in der guten Beschäftigungszeit errangen, war fühlbar, und daß sie in einer Krise sich etwas Genugtuung für erfolgte Übergriffe verschaffen würden, war zu erwarten. Auch daß man ernsthaft versuchen würde, die Tarifvereinbarungen zu ungunsten der Gehilfen zu gestalten, wurde in Gehilfenkreisen nicht für unmöglich gehalten. Die Tarifverhandlungen im Steindruckgewerbe haben ja auch gezeigt, daß man mit dieser Kalkulation auf dem rechten Wege war. Allerdings was sich jetzt unsere Unternehmer an Gehilfenbedrückung und -Schikane leisten, das ist selbst von den Pessimisten nicht erwartet worden. Es wäre eine zu lange Liste, einzeln aufzuzeigen, was man sich in Ausnutzung der schlechten Lage des Arbeitsmarktes auf Unternehmensebene zugeht. Es genügt auch vollständig, zu zitieren, wie man die Dinge in einer hervorragenden Druckstadt betrachtet, die nie zu den radikalen gezählt hat. Die Mitteilungen des Graphischen Kartells Nürnberg schreiben in Nr. 30 vom 26. Juli im Verbandsteil unter dem Titel: „Unternehmerrückgrat“ folgendes:

„Einzeln Unternehmer kennen in ihrem Überlebenskampf, den Arbeiter in der jetzigen Wirtschaftskrise die Überlegenheit fühlen zu lassen, keine Grenzen. Da weitest der Jude mit dem Chri-

sten als Unternehmer, um den seit Jahresfrist arbeitslos, sowie den in Arbeit stehenden Gehilfen die Not der Zeit mit allen Schikanen begreiflich zu machen. Nicht genug, daß man allenthalben auf Probezeit und Aushilfe einstellt, daß man mit der Uhr in der Hand jeden Handgriff zeitmißt und kontrolliert, daß man nach zehn- bis zwanzigjähriger Tätigkeit plötzlich entdeckt, daß der Gehilfe schlechte, unbrauchbare Arbeiten fertigt und dieses dann im Entlassungsschein vermerkt, damit der Befreffende der Erwerbslosenunterstützung verlustig geht, nicht genug, daß bei jeder Gelegenheit dem Gehilfen erklärt wird — wem nicht paßt, der fliegt, nicht genug, daß man Gehilfen, welche ihre Kollegen nicht als Lohndrücker schädigen wollen, um die Unterstützung bringt, nicht genug, daß man die Funktionäre des Verbandes maßregelt, benützt man an sich geringfügige Versehen, um Leute mit 24jähriger Betriebsfähigkeit fristlos zu entlassen und sie als Saboteure zu brandmarken. Der Unternehmer, welcher sich diesen Menschlichkeitsakt leistete, wird dafür sicherlich die entsprechende Quittung bekommen. Wir möchten aber im allgemeinen zu bedenken geben, daß der Gehilfenschaft auch trotz der Wirtschaftskrise der Geduldsfaden reißen kann und daß sie nicht willfährig alles hinnimmt, was brutale Unternehmerwillkür auskultigt, und es ist völlig falsch kalkuliert, wenn man glaubt, die Gehilfen durch solche Schikanen müde und willenlos, im Unternehmersinne gefügig zu machen. Je mehr man auftrumpft, um so mehr wächst die Erbitterung und die Erkenntnis bei der Gehilfenschaft, daß nur durch einmütiges Zusammenstehen die Absichten der Unternehmer vereitelt werden.“

Was hier niedergeschrieben ist, ist nicht nur die blanke Wahrheit, sondern das Unternehmertreiben der Jetztzeit ist eher beschönigt als zu schwarz geschildert. Daraus geht hervor, daß sich die Unternehmer zur Zeit Dinge leisten, die auf keine Kuhhaut gehen. Doch mit dieser Feststellung ist nichts geändert; auf letzteres kommt es aber an! — Was ist da zu tun?

Augenblicklich nicht viel Durchgreifendes im Einzelfalle. Aber die Krise dauert nicht ewig. Dann kommt wieder unsere Zeit! Können die Unternehmer nicht umgehend einsehen, daß sie mit ihrem Tun Dornen säen, dann muß bei uns der Grundsatz Geltung bekommen: Auge um Auge, Zahn um Zahn! Voraussetzung dafür ist, daß die Organisation gut intakt bleibt und alles fein schriftlich niedergelegt wird, was sich der einzelne Unternehmer aufs Kerholz ladet. Wenn dann wieder unsere Zeit ist, wird das Buch der Unternehmernkonjunkturpolitik aufgeschlagen und Zug um Zug zurückgegeben, was vorher verteilt worden ist. Solches Handeln liegt zwar nicht in der Linie der gewerbefördernden Verbandspolitik, aber wenn unsere Unternehmer partout nichts anderes wollen, sollen sie auch das haben. Vielleicht führt diese Methode nebenbei mit dazu, den Unternehmern die Erkenntnis der Richtigkeit des Moralsatzes beizubringen: Was du nicht willst, das man dir tu', das füg' auch keinem andern zu. Für das Gewerbe wäre das zweifellos ein großer Vorteil.

Wenn die Unternehmer keinen Sturm haben wollen, mögen sie das blöde Windsäen einstellen. Wenn sie aber unbedingt die Berufung in sich fühlen, die Gehilfenschaft bis zur Verletzung zu reizen, mögen sie das begonnene Spiel fortsetzen, freilich sich aber auch darüber klar sein, daß erneute Jeremiaden den Gegenstoß nur verschärfen. Die Unternehmer haben also die Entscheidung in der Hand. Es wird bestimmt aus dem Walde herausschallen, wie sie hineinrufen!

Ortsbericht.

Dessau. Es ist eine alte, immer wieder bestätigte Erfahrungstatsache, daß sich die Parvenüs aller Grade und Schattierungen im Laufe kürzester Zeit die Allüren derjenigen Kreise aneignen, in die sie „empor“ gekommen sind. Markieren beispielsweise die Raffkes und Neureichs der nachrevolutionären Zeit „standesgemäße Bildung“, so sind es im Unternehmerlager oftmals die von der Picke auf Gedienten, die sich am „erfolgreichsten“ als Scharfmacher gerieren. Das Letztere mußten jetzt erst wieder die Chemigraphenkollegen der Firma Sichert & Reiche hier erfahren. Die Entstehung dieser Firma datiert etwa erst anderthalb Jahr zurück. Herr Sichert sowohl als auch Herr Reiche waren bis dahin brave, ehrsame Arbeiter, der eine Buchdrucker, der andere Chemigraph, in etwas „gehobener“ Stellung allerdings. Nun sind sie Unternehmer und schon legen sie offenbar Wert darauf, bei der gesamten Gehilfenschaft „dumm aufzufallen“. Nun, ihr Ehrgeiz, nach knapp anderthalb Jahren Unternehmerrückgrats in den Annalen unserer Presse „rittmilchicht“ genannt zu werden, soll vollauf seine Befriedigung finden. Wir tun das gewiß nicht ohne Not. Gemeinheiten aber müssen nun einmal zu Nutz und Frommen der Gehilfenschaft öffentlich angeprangert werden. Wenn das der Firma Sichert & Reiche etwas sauer aufstoßen sollte, dann mag sie sich bei ihren

Kollegen vom Bund der chemigraphischen Anstalten restlos bedanken, die ihr, üblich beraten, das Ei ins Nest gelegt haben. Lohnbau mit allen Mitteln befahl der Bund der chemigraphischen Anstalten. Befehle sind heilig, dachte die Firma Sichert & Reiche. Also fangen wir an. Das erste Versuchsobjekt war ein Retuscheur. ihm wurde eines Tages eröffnet, daß er für 10 Mark weniger Lohn weiter im Betriebe verbleiben könne, andernfalls aber sei sein Platz auf der Straße bei den vielen, die kapitalistische Willkür bereits aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet hat. Der Kollege wies das Ansinnen zurück und schon lag er auf dem Pflaster. Und nun bedurfte es nur noch weniger Tage und natürlich der erforderlichen Portion Gemeinheit dazu, bis daß sich die noch fehlenden Handlungen bis zu der vom Bund der chemigraphischen Anstalten anbefohlenen Denunziation bei der Erwerbslosenfürsorge abspielten. Willfährig ließ der städtische Arbeitsnachweis den Herren Sichert & Reiche sein Ohr. Nach unserer Meinung, die wir dem Nachweisverwalter auch deutlich zum Ausdruck brachten, ist zwar jedwede irgendwede gartete Beeinflussung der tariflich fundierten Lohnpolitik eines Gewerbes nicht Sinn, Zweck und Aufgabe des öffentlichen Arbeitsnachweises. Wenn das erst einmal Regel werden sollte, dann eröffnen sich hinsichtlich der Lohngestaltung ganz ungeahnte Perspektiven. Doch den toten Buchstaben des Gesetzes glauben zuweilen auch Sozialbeamte unserer „gesegneten“ Republik mehr respektieren zu müssen als den Geist, in dem normalerweise die Sozialgesetze gehandhabt werden sollten. Die Unternehmendenenunziation bei der Erwerbslosenfürsorge feierte also ihren Triumph, mit Erfolg ist sie zum Prinzip erhoben, dem Kollegen wurden Stempelkarte und Erwerbslosenunterstützung entzogen. Der Arbeitsnachweis hatte getan, was zwar der Wunsch der Unternehmer, nicht aber seines Amtes ist. Der erste Akt des Denunziantenstückes ist also im Sinne der Regisseure vom Bund der chemigraphischen Anstalten zu Ende. Die Herren Sichert & Reiche, obwohl noch „jugendliche“ Akteure, haben ihre Rolle als Intriganten gegen die Interessen des Berufes und der Berufsangehörigen sicherlich zur vollsten Befriedigung der Regisseure gespielt. Der zweite Akt, nämlich der der Beschwerde an zuständiger Stelle und Abwehr des gewerbebeschädigenden, tariffeindlichen Intrigantentums, hat begonnen. Sein Ausgang ist bis zur Minute noch ungewiß. Die Zuschauer aus Kollegenkreisen werden gebeten, sich während des Stückes möglichst reserviert zu verhalten!

Internationale Kampfreue.

Streik in Krakau.

Wie das Sekretariat des Internationalen Bundes der Lithographen mitteilt, stehen die Kollegen der Firma „Solali“ in Krakau (Polen) im Streik, weil der Unternehmer sich weigert, den üblichen Prozentaufschlag für Überstunden zu zahlen. Die Firma „Solali“ sucht nun ganz selbstverständlich Arbeitskräfte im Ausland, um sich aus der Patsche zu retten.

Obwohl der Streik nicht gerade gut begründet erscheint — Überstunden werden eben nicht gemacht, wenn die Gegenseite ihren Verpflichtungen nicht nachkommt — hat es damit doch ein besonderes Bewandnis. Auch in Polen ist die Arbeitsmarktlage nicht gerade günstig, welchen Umstand die polnischen Unternehmer glauben ausnützen zu müssen. Der Widerstand gegen die Leistung von Prozentzuschlägen für Überstunden ist in Wirklichkeit deshalb der Versuch, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der polnischen Kollegen zu verschlechtern. Zu solchem Tun leistet kein deutscher Kollege Hilfe, und es ist ihm Ehrensache, jede Stellungnahme in der Firma „Solali“, Krakau, so lange abzulehnen, bis die berechtigten Forderungen der Kollegen erfüllt sind. Die Firma „Solali“ ist bis auf weiteres für jeden Zuzug gesperrt!

Vom Büchertisch.

Führer und Masse in der Demokratie. Von Curt Geyer. Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger, Berlin SW 68, Lindenstr. 3. Preis 2,60 Mk.

Das Problem Führer und Masse ist schon oft abgehandelt worden. C. Geyer untersucht Masse wie Führer in der Demokratie. Was ist Demokratie? Geyer gibt ihr den Wert einer Gesinnung, eines Kulturdieles, ohne dessen Bejahung auch die zeitliche Voraussetzung zur Verwirklichung des Sozialismus fehlen würde. Aber diese Wertung soll nicht über den Alltag hinwegtäuschen, in dem wir um diese Idee zu kämpfen haben, uns aber oft genug von ihr verlassen glauben. Die Untersuchung der soziologischen und psychologischen Tatbestände unseres politischen Lebens führt zu selten klaren Einsichten. Wir erkennen unsere Abhängigkeit vom Massenwillen, spüren den in diesem Bewußtsein ruhenden Hang zur Passivität — sehen uns auf der anderen Seite jedoch auch selbst als Führer, als Gestalter und Herren der Geschichte. So sind wir auch als Masse nicht nur Stoff und Zahl. Der Führer besteht nur durch Wechselwirkung mit uns. Er ist in uns, wie wir in ihm. Führerschaft wird zu einer Aufgabe, der jeder, auch der letzte, verpflichtet ist.